

Plenarsitzung

2. Mai 2019, 16.00 Uhr

Vorsitz: Vizepräsident André Mücke

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. April 2019**
- 3. Beschluss über die Ergebnisse der Task Force Reorganisation**
- 4. Vorschläge der Wahlkommission zur Vorbereitung der Kammerwahl 2020**
- 5. Beschluss über den „Hamburg Summit: China meets Europe“ - Konzept zur Fortführung der Veranstaltung**
- 6. Aktualisierung des Compliance-Kodex der Handelskammer**
- 7. Company Games 2019 – Vorstellung des Multisport-Events Hamburgiade**
- 8. Vorstellung des Fachkräftemonitors 2019**
- 9. Wer wählt, der zählt: Wahlaufruf zur Europawahl 2019**

- 10. Berichte**
 - a) Berichte des Präsidiums**
 - b) Bericht der Hauptgeschäftsführerin**
 - c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
 - d) Berichte aus den Ausschüssen**

- 11. Verschiedenes**

Anwesend:

Herren Vizepräses Elmendorf, Kröger, Mücke, Frau Vizepräses Rickwardt, Frau Vizepräses Stumpf;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Brauer, Duphorn, Dürre, Ederhof, Falk, Gehrckens, Goetz, Hanneforth, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hellwig, Hocqué, Holstein, Jakovlev, Korff, Kranz, Kuhlmann, Lintzen, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Frau Meier, Herr Montzka, Frau Nack-Warenycia, Herren Perleberg, Pfeiffer, Pirck, Frau Prinz, Herren Räber, Reinecke, Frau Schoras, Herren Selent, Siebold, Sträßner, Tasbilek, Dr. Teichert, Thies, Wandrey, Frau Wendt-Heinrich;

Dauerhafte Gäste im Plenum:

Herren Dr. Brüggestrat, Enkerts, Dr. Mecke;

Gast:

Herr von der Decken;

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Herr Aßmann, Frau Beine, Herren Dickmann, Elsholz, Frau Gonnermann, Herr Dr. Heyne (IHK Nord), Frau Johannigmann, Herren Knahl, Dr. König, Konow, Kornella, Dr. Kuckartz, Dr. Lau, Frau Lurtz-Herting, Frau Dr. Ölschläger, Herren Schierbecker, Schüßler, Siebrand, Dr. Süß, Ulrich;

Herren Dr. Henze, Korte (Protokoll), Frau Hames-Ballhausen (BR HKBiS), Herren Klatt-Wenderodt (PR), Tießen (BR HKS), Frau von Wedel (PR), Frau Wilhus;

Entschuldigt fehlen:

Herren Costur, Ebert, Enke, Fischer, Dr. Gent, Frau Dr. Griefahn, Frau Gül-Canbolat, Herren Holler, Jensen, Kaufholz, Dr. Killinger, Koopmann, Lorenz-Meyer, Frau Mohr-Rothe, Frau Nissen-Schmidt, Frau Odebrecht, Herren Platz, Pohle, Frau Rohwedder, Herren Schmelzer, van der Schalk, Dr. Vogelsang, Wendt-Reese, Wöhlke;

Herr Vizepräsident Mücke begrüßt die Anwesenden zur Mai-Sitzung des Plenums.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Vizepräsident Mücke erläutert, dass ein Antrag von Herrn Perleberg vorliege, die TOP 7-10 vorzuziehen. Er bittet Herrn Perleberg, seinen Antrag zu erläutern.

Herr Perleberg erläutert, dass die TOP 7-10 sachpolitische Themen behandeln würden. Diese sollte im Vordergrund der Plenararbeit stehen. Er fürchte, dass die für die TOP 3 und TOP 4 aufgeführten Zeiten zu kurz angesetzt seien und das dies dazu führen könnte, dass den sachpolitischen Themen am Ende keine ausreichende Zeit eingeräumt werden würde.

Herr Pirck ergänzt, dass man sich in der Wahlkommission darauf geeinigt habe, die Vorschläge der Wahlkommission weit vor den strittigen Themen zu behandeln. Dies sei in der Tagesordnung bislang nicht ausreichend berücksichtigt. Daher beantrage er, TOP 4 Vorschläge der Wahlkommission vor TOP 3 Beschluss über die Ergebnisse der Task Force Reorganisation zu behandeln.

Herr Asmus schlägt vor die Anträge von TOP 3b und 3c vor TOP 3a zu behandeln, da diese Anträge nach seiner Auffassung weiter gefasst seien. Herr Mücke erwidert, dass die Reihenfolge der Anträge im Jour Fixe erörtert worden sei. Hier sei man zu der Auffassung gekommen, dass der ursprüngliche Antrag 3a (Pirck et al.) der am weitesten gefasste sei, gefolgt von dem Antrag Duphorn et al.

Herr Thies schlägt vor keine Änderung vorzunehmen und die Tagesordnung in der vorliegenden Reihenfolge zu behandeln.

Herr Vizepräsident Mücke stellt die Anträge in der vorgestellten Reihenfolge zur Abstimmung.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Perleberg, die TOP 7-10 vorzuziehen und nach TOP 2 als neue TOP 3-6 zu behandeln mit einer Mehrheit von 25 Stimmen gegen 17 Stimmen (5 Enthaltungen) zu.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Pirck, TOP 4 dem TOP 3 vorzuziehen mit einer Mehrheit von 24 Stimmen gegen 17 Stimmen (6 Enthaltungen) zu.

Das Plenum lehnt den Antrag von Herrn Asmus, TOP 3b und 3c dem TOP 3a vorzuziehen mit einer Mehrheit von 23 gegenüber 17 Stimmern (7 Enthaltungen) ab.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. April 2019

Herr Vizepräsident Mücke informiert das Plenum, dass das Protokoll der letzten Sitzung an zwei Stellen redaktionell geändert worden sei. An zwei Stellen sei fälschlicherweise vermerkt gewesen, dass der Betriebsrat der HKBiS eine Beurteilung abgeben solle. Dieser Hinweis sei entsprechend entfernt worden.

Das Plenum genehmigt das Protokoll der Plenarsitzung vom 4. April 2019 ohne Gegenstimmen per Akklamation.

TOP 3 (ehemals TOP 7) Company Games 2019 – Vorstellung des Multisport-Events Hamburgiade

Herr Vizepräsident Mücke begrüßt den Präsidenten des Betriebssportverband Hamburg e.V., Herrn Bernd Meyer, der die Hamburgiade 2019 vorstellen werde. Vom 11. bis 26. Mai 2019 führe der Hamburger Betriebssportverband die bereits 4. Hamburgiade durch, an der 2018 mit einer deutlichen Ausweitung von Bewegungs- und Trendsportangeboten über 4.000 Teilnehmer aus über 200 Unternehmen teilgenommen hätten.

Herr Meyer dankt Herrn Vizepräsident Mücke für die Einladung. Die Hamburgiade sei im Ursprung eine begleitende Veranstaltung zur Olympia-Bewerbung Hamburgs gewesen. Auch nach dem Scheitern der Bewerbung habe man das Konzept weitergeführt um mehr Unternehmen und Menschen an den Betriebssport heranzuführen. In diesem Jahr erwarte man bereits 350 teilnehmende Unternehmen und insgesamt etwa 8.000 Teilnehmer. Dies entspräche einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. Die Veranstaltung solle Mitgliedsunternehmen die Chance geben sich darzustellen und Aspekte des unternehmensinternen Teambuildings unterstützen. Die Kammer habe sich sehr für die Hamburgiade eingesetzt und für diese an verschiedenen Stellen geworben.

Herr Dr. Brüggelstrat erkundigt sich, was ein Unternehmen tun müsse um im Betriebssportverband mitmachen zu dürfen und welche Kosten für die Hamburgiade anfallen würden. Herr Meyer antwortet, dass bei der Hamburgiade jedes Unternehmen mitmachen könne. Die Beiträge lägen je nach Sportart zwischen etwa zwei und zehn Euro. Herr Pirck begrüßt die Initiative und äußert, dass er sich freuen würde, wenn viele der im Plenum vertretenen Unternehmen daran teilnehmen würden. Herr Perleberg merkt an, dass das Abendblatt kürzlich eine Beilage zur Veranstaltung publiziert habe. Er habe einige Exemplare zur Mitnahme vor dem Plenarsaal ausgelegt. Frau Vizepräsident Rickwardt erkundigt sich, ob der im Programm aufgeführte Familientag öffentlich sei. Herr Meyer betont, dass jedermann willkommen sei und spricht eine allgemeine Einladung aus.

TOP 4 (ehemals TOP 8) Vorstellung des Fachkräftemonitors 2019

Herr Vizepräsident Mücke berichtet, dass die Handelskammer mit dem Fachkräftemonitor Hamburg eine interaktive Webanwendung anbiete, mit der jeder individuell analysieren könne, wie sich das Fachkräfteangebot und die Fachkräftenachfrage bezogen auf bestimmte Branchen und Berufsgruppen in den kommenden Jahren voraussichtlich entwickeln werde. Dadurch solle Unternehmen Entscheidungshilfen bei ihren Personalplanungen und zugleich Jugendlichen Anhaltspunkte bei ihrer Berufsorientierung gegeben werden. Wesentliche Prognoseergebnisse werde Herr Dr. König vorstellen.

Herr Dr. König berichtet, dass im Rahmen der Konjunkturbefragungen der Handelskammer regelmäßig die größten Geschäftsrisiken erfragt werden. Demnach sei der Fachkräftemangel eines der größten Risiken. Dies sähen mittlerweile sechs von zehn Unternehmen so. Der Fachkräftemangel wirke sich in verschiedenen Branchen sehr unterschiedlich aus. Der Monitor sei ein Prognosemodell und solle die Diskussion auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse darüber versachlichen. Das Nachfragepotenzial nach Fachkräften liege kontinuierlich oberhalb des Angebots und liege derzeit bei circa 58.000 Personen bezogen auf die gesam-

te Hamburger Wirtschaft. Bedenke man, dass die Zahl der Arbeitslosen bei derzeit ca. 63.000 Menschen liege, werde offenkundig, dass ein Problem bestehe, Unternehmen und Arbeitslose in ausreichendem Maße zusammenzuführen. Der Fachkräftemonitor lasse im weiteren Schlüsse über einzelne Segmente und Branchen zu. Hinsichtlich der Auswirkungen der Digitalisierung lasse sich feststellen, dass sich diese eher vorteilhaft für hochqualifizierte Berufe und nachteilig für Helferberufe auswirken werde.

TOP 5 (ehemals TOP 9) Wer wählt, der zählt: Wahlaufruf zur Europawahl 2019

Herr Vizepräsident Mücke erinnert daran, dass am 26. Mai die Wahl zum Europäischen Parlament stattfindet. Für Deutschland als außenhandelsorientierter Wirtschaftsstandort haben die Europäische Union und der damit verbundene Binnenmarkt sowie die gemeinsame Währung eine überragende Bedeutung. Die Hamburger Wirtschaft als internationaler Handelsplatz profitiere in besonderem Maße von der engen Verflechtung mit den EU-Mitgliedsstaaten. So seien im Jahr 2017 über 49 Prozent der Hamburger Ausfuhren in andere EU Länder gegangen und 46 Prozent der Einfuhren von dort gekommen. Als Hamburger Wirtschaft sei es, neben dem Aufzeigen von Reformbedarf, Aufgabe für die EU zu werben und ihre Errungenschaften klar herauszustellen. In diesem Zusammenhang weise er auch auf ein Kandidaten-Hearing, welches die Kammer am 9. Mai veranstalte, und die entsprechende Einladung in der Tischauslage hin.

Herr Wandrey empfiehlt zum Thema eine Dokumentation „Das Europa-Drama“, die in der ARD-Mediathek verfügbar sei. Herr Asmus fragt, ob es im Rahmen des angekündigten Kandidaten-Hearing möglich sei, vorab Fragen einzureichen. Herr Dr. Süß antwortet, dass man die Möglichkeit habe von Seiten der Veranstalter die Moderatorin der Veranstaltung zu briefen. Er empfehle aber, Fragen insbesondere bei der Veranstaltung zu stellen, um sich so auch auf Ausführungen der Kandidaten beziehen zu können. Herr Kranz erinnert daran, dass am Tag der Europawahl auch die Bezirksversammlungen in Hamburg gewählt würden. Er wünsche sich eine diesbezügliche Erweiterung des Wahlaufrufs. Herr Vizepräsident Mücke stimmt dem Anliegen zu und erweitert den Wahlaufruf entsprechend. Herr Sträßner weist auf die Möglichkeit der Briefwahl hin.

TOP 6 (ehemals TOP 10) Berichte

a) a) Berichte des Präsidiums

Frau Vizepräsident Rickwardt berichtet von der Verleihung des Helga-Stödter-Preises, den die Kammer zusammen mit der Helga Stödter-Stiftung seit 2012 vergebet. Ausgezeichnet würden Projekte aus dem Bereich Mixed Leadership. Seien in den Anfangsjahren noch erste rudimentäre Ansätze in den Unternehmen ausgezeichnet worden, wären die diesjährigen Bewerbungen und Preisträger sehr innovativ. Auch die Medienberichterstattung sei in diesem Jahr außergewöhnlich gut gewesen. Sie rufe die Mitglieder des Plenums auf, sich diesbezüglich zu engagieren und gegebenenfalls mit innovativen Ansätzen zu bewerben. Das Thema Mixed Leadership könne bei entsprechenden Initiativen den Standort maßgeblich voranbringen.

Herr Vizepräsident Mücke berichtet, dass zum Ende April 3.887 neue Ausbildungsverträge vorlägen. Dies seien 113 Verträge mehr als zum Vorjahreszeitpunkt. Getragen werde die positi-

ve Entwicklung weiterhin besonders durch die technischen Berufe, die überdurchschnittliche Zuwachsraten aufwiesen. Dies sei ein guter Zwischenstand.

Er verweise außerdem auf die Einführung der Meisterprämie, die ein Erfolg langjähriger Arbeit der Handelskammer sei. Der erste Empfänger der Prämie komme aus einem Mitgliedsunternehmen der Handelskammer. Zur Thematik gäbe es einen kurzen Film, der dem Plenum nicht vorenthalten werden solle.

Film-Einspieler: Einführung der Meisterprämie

Frau Beckmann fragt, wann die erste Prämie für Meisterinnen gezahlt würde. Herr Vizepräses Mücke nimmt die Anregung auf und sagt eine Prüfung zu.

Herr Vizepräses Mücke berichtet, dass Herr Perleberg einen Antrag gestellt habe, dass sich das Plenum zukünftig prioritär mit Sachthemen auseinandersetzen möge. Das Präsidium habe sich bereits für den Antrag ausgesprochen und werde dies bei zukünftigen Plenarsitzungen berücksichtigen.

b) Bericht der Hauptgeschäftsführerin

Frau Degen berichtet, dass die Unternehmensbefragung der Handelskammer im Frühjahr 2019 ein ähnliches konjunkturelles Gesamtbild für die Hamburger Wirtschaft wie bei der letzten Befragung vor drei Monaten ergebe. Die aktuelle Geschäftslage werde überdurchschnittlich positiv bewertet, während die Geschäftserwartungen verhalten optimistisch blieben. Dies liefe ein Stück weit gegen den deutschlandweiten Trend, bei dem sich schon erste Eintrübungen beobachten ließen. Auch die Exportaussichten seien insgesamt optimistisch. Sie danke allen Unternehmen, die an den Konjunkturbefragungen der Handelskammer teilnehmen würden. Man habe und die Presseberichterstattung zur Konjunkturumfrage neu belebt und mit einer Unternehmensgeschichte aus der Gastronomie verbunden und damit erfreuliche Ergebnisse erzielt. Für dieses Jahr sei außerdem mit dem „Konjunkturdialog“ ein neues Format geplant, bei dem die aktuellen Konjunkturergebnisse mit Mitgliedsunternehmen verschiedener Branchen analysiert und diskutiert werden sollen.

Frau Degen erörtert ferner, welche Maßnahmen auf Reaktion von Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern getroffen worden seien. Zum Teil sei mit Nachbesetzungen und vereinzelt auch Neueinstellungen, nachdem das Plenum entschieden habe von den ursprünglichen Personaleinsparungszielen abzurücken, sowie der smarten Umorganisation von Aufgaben, reagiert worden. Insgesamt hätten die Kammer sieben Überlastungsanzeigen erreicht. Die erste Überlastungsanzeige sei aus dem Bescheiniger-Team im Juni 2018 gekommen, die zweite im Januar 2019 aus demselben Team. Erste Maßnahmen seien die Verkürzung der Öffnungszeiten und die Verstärkung des Abgeberservices gewesen. Dadurch sei mehr Zeit für die Bearbeitung von eingereichten Unterlagen und die Dokumentation gewonnen worden. Zusätzlich sei für vier Wochen eine Zeitarbeitskraft eingestellt worden und das Bescheiniger-Team zwischenzeitlich um eine weitere Mitarbeiterin aus dem Haus verstärkt worden. Eine weitere Überlastungsanzeige sei im Februar in den Prüfungsteams „Handel und Dienstleistungen“ der Berufsbildung gestellt worden. Hier seien die Teams durch die Wiederbesetzung dreier Vakanzen durch hausinterne Versetzungen und eine Rückkehr aus der Elternzeit sowie eine 4-wöchige Unterstützung durch eine Zeitarbeitskraft entlastet worden. Eine weitere Überlastungsanzeige habe die Kammer im Februar aus der Ausbildungsberatung erhalten. Durch die temporäre Einschränkung der telefonischen Erreichbarkeit sei den Beratern mehr Zeit für die Bearbeitung von Unterlagen und die Vertragsprüfung ermöglicht worden. Darüber

hinaus seien zwei vakante Stellen durch interne Versetzung besetzt worden. Zusätzlich habe die Ausbildungsberatung eine 4-wöchige Unterstützung durch eine Zeitarbeitskraft erhalten. Im Februar und erneut im März habe das Service-Center-Team eine Überlastungsanzeige gestellt. Als Sofort-Maßnahme seien die Öffnungszeiten verkürzt und die telefonische Erreichbarkeit eingeschränkt worden, sodass außerhalb der Öffnungszeiten, mehr Zeit für die Bearbeitung von schriftlichen Anfragen geschaffen wurde. Parallel habe es eine Aufgabenkritik und eine Umverteilung von Aufgaben im Haus gegeben. So sei zum Beispiel die Einstellung des Verkaufs von Merchandising-Produkten und der Bar-Auszahlungen an der Kasse sowie die Übernahme der Eingangspost-Auszeichnung durch die Poststelle umgesetzt worden. Durch die Wiederbesetzung dreier Vakanzen, eine interne Versetzung, eine Neueinstellung und eine Rückkehr aus der Elternzeit im Juli würde die Abteilung personell verstärkt.

Herr Asmus führt an, dass ihm zugetragen worden sei, dass kürzlich 17 Altersteilzeitverträge unterzeichnet worden sei. Vor dem Hintergrund der Beschlüsse einen massiven Personalabbau nicht durchzuführen, fordere er vom Hauptamt eine mittelfristige Personalplanung bis Juni/Juli dieses Jahres, welche die Kompensation von Altersteilzeitstellen, die Besetzung offener Planstellen sowie die Frage, ob für beschlossene Kompass-Projekte genügend Personal vorhanden sei, berücksichtige. Frau Degen sagt die Vorstellung der Personalplanung zu und führt an, dass die entsprechenden Gremienbeschlüsse erst zeitnah getroffen worden seien. Das Ziel eines Beitragsvolumens von etwa 35 Millionen Euro ermögliche zwar eine gewisse Flexibilität, aber keine großvolumigen Neueinstellungen. Kriterien zur Neueinstellungen würden in Kürze mit Personalabteilung und Mitarbeitervertretungen erörtert. Die Altersteilzeit spare langfristig Geld ein. Hinsichtlich der Vereinbarungen zur Altersteilzeit habe es eine Zusage des Plenums gegeben, zu der man stehe. Herr Pirck merkt an, dass schon bei der Freigabe der Freizeichnung die Diskussion im Raum gestanden habe, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen entspannen dürften. Die Kammer befinde sich nach wie vor in einer angespannten Situation im Personalkörper, weshalb er die Freizeichnung in dem erörterten Maße für problematisch halte. Insbesondere sei die Vereinbarung von Altersteilzeitmodellen in besonders belasteten Bereichen für kritisch. Frau Degen antwortet, dass entsprechende Abgänge in besonders belasteten Bereichen nicht zwingend bedeuten müssen, dass genau diese Position längerfristig unbesetzt bleiben müsse. Die entsprechenden Zusagen gegenüber dem Personalrat seien zu einem Zeitpunkt getroffen worden, als noch nicht absehbar gewesen sei, dass von den Sparzielen abgewichen werden würde. Herr Dr. Teichert bemerkt, dass Innenausschuss und Plenum der Hauptgeschäftsführerin die Prokura gegeben hätten, entsprechende Verträge unter dem Sparprinzip, nicht aber unter dem Prinzip des Vertrauens gegenüber dem Personalrat, zu unterzeichnen. Innenausschuss und Plenum hätten sich gegen eine direkte Vereinbarung mit dem Personalrat ausgesprochen um eine Zwangsfolge zu vermeiden, sondern die individuelle Entscheidung in die Hände der Hauptgeschäftsführerin gegeben. Entsprechend müsse sie die Entscheidung auch verantworten. Er bitte Frau Degen darum, dem Plenum zu berichten, welche der nun freiwerdenden Stellen nachbesetzt werden müssen. Frau Degen sagt die Nachreichung der Aufstellung zu. Nach ihrer Erinnerung sei es Anliegen des Innenausschusses gewesen mit der Ermächtigung ihrer Person ein Anrecht eines jeden Mitarbeiters auf Altersteilzeit zu verhindern. Herr Vizepräsident Mücke schlägt vor das Thema auf Basis gebündelter Unterlagen zum Thema im Rahmen der nächsten Plenarsitzung zu diskutieren.

c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Herr Perleberg kritisiert, dass bei der Veranstaltung Azubi des Jahres nur fünf Plenarmitglieder teilgenommen hätten. Ausbildung sei eine der wichtigsten Aufgaben der Handelskam-

mer. Bei einer solchen Leuchtturmveranstaltung sollte die Quote der Plenarier in Zukunft größer sein.

d) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Dr. Mecke dankt dem Präsidium und dem Gremium, dass bislang ausschließlich Sachthemen im Fokus der Sitzung gestanden hätten. Der Ausschuss für Industrie habe in seiner letzten Sitzung debattiert, dass sich Berufsbilder änderten, aber nicht jedem bekannt sei, wie sich parallel die Ausbildung ändere. Er rege an, dass Herr Grams dem Plenum berichte, wie neue Aspekte von Berufsbildern frühzeitig Eingang in die Ausbildung fänden. Gast des Ausschusses sei außerdem der Direktor des HWWI, Herr Prof. Vöpel, gewesen, der auf die Frage, wie die Kammer die Entwicklung Hamburgs zur Smart City und Ertüchtigung des industriellen Mittelstands begleiten könne, empfohlen habe, Plattformen und Treffpunkte, wie das Mittelstand Kompetenzzentrum 4.0 oder das 3D-Druck-Netzwerk zu unterstützen. Die Ausschussmitglieder hätten sich dafür ausgesprochen, Präsidium und Hauptgeschäftsführung zu bitten, diese und ähnliche Einrichtungen weiter zu unterstützen. Der Ausschuss habe sich weiter mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf für eine Industriestrategie 2030 beschäftigt. Der Ausschuss habe den Eindruck, dass der industrielle Mittelstand keine ausreichende Berücksichtigung im genannten Entwurf finde. Der DIHK habe dazu ein Positionspapier vorgelegt, welches man im Namen des Industrieausschusses kommentiert habe. Man wolle diese Punkte auch in Absprache mit den weiteren Ausschüssen ins Plenum einbringen und darüber abstimmen.

TOP 7 (ehemals TOP 4) Vorschläge der Wahlkommission zur Vorbereitung der Kammerwahl 2020

Herr Thies verließ nach TOP 1 die Sitzung – somit befinden sich 47 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.

Herr Vizepräsident Mücke berichtet, dass Satzung und Wahlordnung der Handelskammer vor einer jeder Kammerwahl überprüft und aktualisiert würden. Für die Vorbereitung der Wahl 2020 habe das Plenum im Juli letzten Jahres eine Wahlkommission unter Leitung von Herrn Vizepräsident Elmendorf eingesetzt. Die von der Kommission erarbeiteten Regelungsvorschläge seien dem Plenum fristgerecht mit den Sitzungsunterlagen zugegangen. Dazu lägen Änderungsanträge von Herrn Duphorn, Herrn Perleberg, Frau Vizepräsident Rickwardt und seiner Person, Herrn Dr. Teichert und Herrn Räber vor. Er danke allen Mitgliedern der Wahlkommission und erläutere das geplante Vorgehen. Demnach solle zunächst Herr Vizepräsident Elmendorf die von der Wahlkommission erarbeiteten Vorschläge und im Anschluss die Antragsteller ihre Änderungsanträge erläutern und über diese abgestimmt werden. Zunächst müsse dann die Satzung geändert werden um im Anschluss über die mit eventuellen Änderungen festgelegte Wahlordnung abzustimmen.

Herr Vizepräsident Elmendorf führt aus, dass bei allen Beteiligten der Wahlkommission große Einigkeit geherrscht habe, dass die letzte Wahl zum Plenum der Handelskammer nicht die gewünschte Spiegelbildlichkeit der Hamburger Wirtschaft erzielt habe. Grundziel der Wahlkommission sei es gewesen eine befriedende Wahlordnung zu erstellen. Diese Aufforderung sei beim Verbände- und Expertenhearing von Herrn Brandt von Mehr Demokratie e.V. an die Kommission herangetragen worden und habe diese durchgängig begleitet. Der Prozess der Erstellung sei sehr konsensual verlaufen, wofür er allen Beteiligten danke. Die wichtigsten Änderungen seien die folgenden: Die Anzahl der Wahlgruppen sei von 17 auf Neun reduziert

worden. Drei Betriebsgrößenklassen seien eingeführt worden, so dass in jeder der geplanten Wahlgruppen garantierte Sitze für kleine, mittelgroße und große Unternehmen vorgesehen seien. Damit werde kein Drei-Klassen-Wahlrecht eingeführt, denn jeder Wahlberechtigte könne in seiner Wahlgruppe Kandidaten aller Unternehmensgrößen wählen. Die Betriebsgrößenklassen beträfen nur das Recht zur Kandidatur, also das passive Wahlrecht. Die Aufteilung berücksichtige die Idee, dass das Plenum ausgewogen besetzt sein solle. Keine der Gruppen sei aufgrund des Verteilungsschlüssels in der Lage den Diskurs alleine zu bestimmen. Für die Urwahl solle das elektronische Wahlverfahren als Standard eingeführt werden. Es orientiere sich an bewährten Vorbildern. Das Prinzip der Kooptation sei beibehalten worden, jedoch mit einer hohen Hürde versehen worden um einen großen Rückhalt der zu kooptierenden Personen sicherzustellen. Kooptationen seien ferner erst nach der Wahl des Präsidiums möglich. Präsidiumsmitglieder müssen demnach bei der ersten Gremienwahl dem urgewählten Plenum angehören. Auf die Möglichkeit der Briefwahl für das Präsidium werde verzichtet. Für die Kooptation wurde ein Leitfaden mit Handlungsempfehlungen entwickelt.

Herr Mücke eröffnet die Diskussion und bittet die Antragsteller ihre Änderungsvorschläge vorzustellen.

Herr Brauer lobt den konstruktiven und konsensorientierten Austausch in der Wahlkommission und äußert den Wunsch, dass alle Gremien der Handelskammer zukünftig in dieser Form zusammenarbeiten. Herr Asmus bittet Herrn Elmendorf um einen Vergleich des Zuschnitts der bisherigen und der neuen Wahlgruppen und fragt insbesondere nach dem Verbleib der Gruppe Personenverkehr. Herr Elmendorf zählt die Gruppen auf. Der Personenverkehr sei im Wesentlichen der Wahlgruppe Tourismus und Freizeitwirtschaft zugeordnet. Frau Arova lobt ebenfalls die Arbeit der Wahlkommission. Ihr sei aber nicht klar gewesen, dass ein Beschluss über die Empfehlungen zur sofortigen Umsetzung führe. Hinsichtlich der Punkte zur Wahl des Präses empfehle sie, entsprechende Umsetzungen erst nach der Wahl zu verabschieden, damit es vorab nicht zu Unruhen im Plenum komme. Herr Hocqué bittet die Wahlkommission Stellung zu nehmen, ob die eingebrachten Anträge dem Geist der Wahlkommission mit großer Einigkeit entsprächen. Herr Elmendorf antwortet, dass die Mehrzahl der Anträge nach seiner Auffassung unkritisch sei. Nach Rücksprache mit einigen Mitgliedern der Wahlkommission, könne er berichten, dass eine Verschiebung des §25a in die Satzung kritisch gesehen werde, weil noch nicht klar sei, wann und ob eine neue Satzung vorläge. Zum anderen solle die Wahl des Präses in der Wahlordnung geregelt sein. Er habe ferner die Rückmeldung erhalten, dass die Wahlkommission gerne noch einmal tagen würde, sofern der Antrag von Herrn Duphorn eine Mehrheit fände. Herr Elmendorf weist darauf hin, dass Bestandteil der Vorschläge auch eine Satzungsänderung sei, denn die Zusammensetzung der Wahlgruppen sei bislang Bestandteil der Satzung. Um die Änderung der Wahlordnung gemäß den Vorschlägen zu vollziehen, müsse zunächst die Satzung geändert werden, wofür eine Dreiviertel-Mehrheit vonnöten sei. Für die Änderung der Wahlordnung sei wiederum eine einfache Mehrheit notwendig.

Frau Beckmann kritisiert, dass die von Herrn Elmendorf gemachten Ausführungen nicht notwendigerweise die Meinung der gesamten Wahlkommission widerspiegeln und schlägt vor die Diskussion im Rahmen der einzelnen Anträge fortzuführen. Herr Korff merkt an, dass der entsprechende Ausschuss „Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft“ heiße und bittet um eine entsprechende Änderung des Namens der Wahlgruppe. Im späteren Verlauf der Sitzung zieht Herr Korff diese Bitte zurück. Herr Pirck betont, dass er um eine Diskussion aller Anträge bitte um die Gelegenheit zu haben ein vollumfängliches Bild zu erhalten. Er äußert

ferner die Hoffnung, mit entsprechenden Beschlüssen eine befriedende Wirkung zu erzielen und die Kammer mit einer neuen Wahlordnung in die richtige Richtung zu führen. Frau Nack-Warenycia äußert ihre Enttäuschung, dass die vorgesehenen Regelungen des §25a nicht mit der Projektgruppe Satzungsevaluation abgestimmt worden seien. Die Behandlung einer möglichen Abwahl von Präses und Vizepräses sei auch für die Satzung vorgesehen. Dafür gebe es gute Gründe. Eine gemeinsame Behandlung dieses Themas sei von der Hauptgeschäftsführung zugesagt gewesen. Zu diesem Termin sei es aber nicht gekommen. Die Projektgruppe Satzungsevaluation sei über das Vorhaben der Wahlkommission erst mit dem Versand der Unterlagen des Plenums informiert worden. Herr Falk fragt in welcher der neuen Wahlgruppen der Personenverkehr Aufnahme gefunden habe und äußert, dass im Zuge einer zukunftsgerichteten Neuaufstellung der Kammer der Bereich Mobilität in den Wahlgruppen nicht fehlen dürfe. Der Begriff fehle bislang aber gänzlich. Herr Elmendorf antwortet, dass es eine große Herausforderung gewesen sei, die Zahl der Wahlgruppen zu verkleinern. Dabei habe man Kompromisse eingehen müssen. Herr Dr. Teichert unterstützt die Äußerungen von Frau Nack-Warenycia. Im vorliegenden Entwurf beobachte er ein Ungleichgewicht zwischen der Wahl der Hauptgeschäftsführung, die in der Satzung geregelt sei und der Wahl des Präsidiums, die wiederum in der Wahlordnung geregelt sei. Das Ungleichgewicht entstehe insbesondere durch die unterschiedlichen Mehrheitsanforderungen beider Regelwerke. Für die Herstellung von Augenhöhe zwischen Hauptgeschäftsführung und Präsidium sei es wichtig, beide Wahlen im gleichen Regelwerk, präferiert in der Satzung, zu regeln. Herr Graf führt aus, dass die Implementierung des § 25a in die Wahlordnung unter anderem damit begründet sei, dass sämtliche Detailregelungen zu den Wahlen des Präsidiums in der Wahlordnung verortet seien. Eine andere Regelung sei grundsätzlich möglich.

Herr Vizepräses Mücke dankt Herrn Vizepräses Elmendorf für die Vorstellung der Wahlordnung und bittet die Antragsteller, in chronologischer Reihenfolge des Eingangs des Antrags, zur Erläuterung der Kernpunkte der Anträge.

Herr Duphorn erläutert seinen Antrag zur Einteilung der Betriebsgrößenklassen. Abweichend vom Vorschlag der Wahlkommission sehe dieser vor, sich enger an der Musterwahlordnung des DIHK und der KMU-Definition der EU zu orientieren. Er habe die Befürchtung, dass das von der Wahlkommission vorgeschlagene Modell zu Lasten der mittleren Unternehmen ginge und diese im Ergebnis im Plenum unterrepräsentiert sein könnten. Herr von der Decken erwidert, dass es ein wichtiges Ziel der Wahlkommission gewesen sei, keine Dominanz einer bestimmten Gruppe von Unternehmensgrößen herbeizuführen. Er führt an, dass man mit einer Verkleinerung der mittleren Gruppe, zugunsten der unteren Gruppe, das Gegenteil von dem erreichen würde, was die genannte Intention des Antrags von Herrn Duphorn sei, die mittleren Unternehmen zu stärken. Herr Graf ergänzt, dass die von der Wahlkommission vorgeschlagene Grenze in der Größenordnung (bis 9, bzw. ab 10 Beschäftigten) eine Grenze sei, die man in der Rechtsordnung auch an anderer Stelle kenne, etwa beim Kündigungsschutz oder der Bilanzierung. Der Gesetzgeber sehe demnach im Rahmen der Governance vielfach diese Grenze vor, was für die Schlüssigkeit einer entsprechenden Einführung in der Wahlordnung spreche. Herr Hocqué bittet darum sofort über den Antrag abzustimmen und stellt einen entsprechenden Antrag.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Hocqué, sofort über den Antrag von Herrn Duphorn abzustimmen, zu.

Das Plenum lehnt den Antrag 7a (ehemals 4a; Anlage 8) zur Einteilung der Betriebsgrößenklassen von Herrn Duphorn, mit einer Mehrheit von 32 Stimmen gegenüber 12 Stimmen (3 Enthaltung) ab.

Herr Perleberg stellt seinen Antrag zur Ergänzung der Modalitäten zur Abwahl von Präsidiumsmitgliedern vor. Dieser sehe vor, nach einem erfolglosen Vorschlag für einen Amtsnachfolger erst nach einer Frist von mindestens sechs Monaten einen neuen Antrag stellen zu können. Dies sei ein geeignetes Mittel um ein Übermaß solcher Anträge zu verhindern und so Schaden von der Handelskammer abzuwenden.

Herr Vizepräsident Mücke weist daraufhin, dass der Antrag von Herrn Perleberg mit einem Antrag von Herrn Räber korreliert und bittet darum eine Abstimmung der weiteren Anträge erst nach der Diskussion aller Anträge vorzunehmen.

Herr Vizepräsident Mücke stellt den gemeinsam mit Frau Vizepräsident Rickwardt eingebrachten Antrag zum späteren Inkrafttreten der Regelungen zur Wahl und insbesondere Abwahl von Mitgliedern des Präsidiums vor. Letztere könne im Sinne des Gemeininteresses des Plenums, etwa bei permanenten Regelverstößen eines Präsidiumsmitglieds, ein wichtiges Instrument sein. Auf der anderen Seite müsse das Individualinteresse des Präsidiumsmitglieds beachtet werden, da alleine die Ankündigung eines Abwahlanspruchs einen gewissen Reputationsschaden bei dieser Person erzeugen könne. Sofern die Regelung für die nächste Wahlperiode gelte, könne dieser Regelung zugestimmt werden, da sich alle Kandidaten darauf einrichten könnten. Es sei nach Auffassung der Antragssteller jedoch demokratisch problematisch, eine Änderung vorzunehmen, die bereits in dieser Wahlperiode gelte. Vor diesem Hintergrund stehe der Antrag, dass die §§ 24 bis 25a, abweichend von der sofortigen Gültigkeit der restlichen Bestimmungen der Wahlordnung, erst zum 1. April oder mit Bekanntmachung des Ergebnisses der Plenarwahl Gültigkeit erlangen. Frau Vizepräsident Rickwardt ergänzt, dass Sie sich im Präsidium bei der Abstimmung enthalten habe. Dies habe zwei Gründe. Zum einen sehe sie die vorgeschlagenen Regelungen zur Kooptation weiter kritisch. Ausschlaggebend für Ihre Enthaltung seien aber die Regelungen zur Abwahl von Präsidiumsmitgliedern gewesen. Sie fürchte, dass sich bei der Einführung dieser Regelungen zukünftig nur noch Personen bereit erklären könnten zu kandidieren, die wirtschaftlich abgesichert sind und eine negative Presseberichterstattung aus wirtschaftlichen Gründen nicht fürchten müssten. Dies wäre ein negativer Effekt für die Institution der Handelskammer.

Herr von der Decken stellt klar, dass in der Wahlkommission über den Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht gesprochen worden sei. Insofern sei ein späteres Inkrafttreten durchaus möglich. Er begründet die Einführung der entsprechenden Passagen damit, dass auch die Handelskammer vor möglichem Schaden durch einzelne Präsidiumsmitglieder zukünftig geschützt werden müsse. Herr Brauer betont, dass die Möglichkeit einer Abwahl gegeben sein müsse. Die Hürde dafür sei aber mit der vorgeschlagenen Wahlordnung und dem Mittel des konstruktiven Misstrauensvotums sehr hoch gelegt. Die Diskussion zum Zeitpunkt des Inkrafttretens halte er für theoretische Natur, da das derzeitige Plenum in der Vergangenheit gezeigt habe, dass es von Personaldebatten nicht viel halte. Auch er sei davon ausgegangen, dass die Regelungen erst für die nächste Wahlperiode gelten würden, rate aber davon ab, ein späteres Inkrafttreten zu beschließen. Frau Beckmann plädiert dafür nur notwendige Regelungen jetzt zu verabschieden und andere aufzuschieben. So ließe sich allen geäußerten Interessen Rechnung tragen. Frau Stumpf merkt an, dass Sie sich mit diesem Antrag schwer tue. Man könne kein Schutzschild einfordern, das man anderen nicht gewähren wolle. Herr Dr. Teichert merkt an, dass mit der Regelung eine Inkongruenz zwischen Haupt- und

Ehrenamt entstünde. Dies sei unter anderem damit begründet, dass von Seiten des Hauptamts keine Vermittlung zwischen Wahlkommission und Projektgruppe Satzungsevaluation vorgenommen worden sei. Er wehre sich dagegen, dass man die eigenen Ehrenamtspositionen schwäche, während man nicht in der Lage sei eine Gerechtigkeitsparallelität zwischen der Wahl einer Hauptgeschäftsführung und der Wahl eines Präsidiumsmitglieds durchzusetzen. Dies halte er nicht für zufällig. Frau Degen merkt an, dass die Abberufung der Hauptgeschäftsführung auch derzeit möglich sei. Herr Perleberg äußert, dass man bei der letzten Sitzung der Wahlkommission vereinbart habe, alle Passagen, die zur Vorbereitung der Wahl notwendig sind zeitnah zu verabschieden und alle anderen zu einem späteren Zeitpunkt. Herr Holstein bedankt sich bei der Wahlkommission für die Arbeit und erinnert daran, dass man in demokratischen Institutionen wählen und abwählen könne. Wenn man einen Fehler beheben könne, sollte man dies sofort tun. Herr Falk gibt zu bedenken, dass in der Diskussion um Nachteile für Kandidaten auf Ehrenamtsseite auch berücksichtigt werden müsse, dass es offenbar gezielte Indiskretionen auf Seiten des Ehrenamts gab, die zum massiven Reputationsverlust der Hauptgeschäftsführung führten. Herr Hellwig befürchtet, dass der Drang die Wahlordnung sofort zu ändern auch von persönlichen Interessen getragen sei. Turbulenzen für die Handelskammer sollten aber möglichst abgewendet werden. Herr Räber schlägt vor seinen Antrag auf die §§ 24 bis 25a zu erweitern und die entsprechenden Passagen in die Satzung zu verschieben. Dies würde außerdem den Druck auf die Projektgruppe Satzungsevaluation erhöhen noch in dieser Wahlperiode einen Vorschlag für die Satzung vorzulegen. Herr Graf rät zur Vorsicht sämtliche Passagen zur Wahl von Präses und Präsidium in die Satzung zu verlegen. Die Passagen zur Wahl von Präsidium und Präses seien integrale Bestandteile der Wahlordnung. Entsprechend würde eine Verschiebung in die Satzung größere Anpassungen an der Wahlordnung nach sich ziehen. Er bitte daher darum, den Antrag von Herrn Räber in der ursprünglichen Fassung zur Abstimmung zu stellen. Herr Vizepräses Mücke erwidert auf die Anmerkung von Frau Stumpf, dass es beim vorgelegten Antrag nicht um einen persönlichen Schutzschild gehe. Man sei vielmehr der Überzeugung, dass man die Spielregeln im laufenden Betrieb nicht ändern solle.

Herr Dr. Teichert stellt seinen Antrag vor. Der vorgesehene §25 Absatz 3 und 4 könne eine Problematik aufweisen. Falls in einem zweiten Wahlgang nur ein Kandidat zur Verfügung stünde, könne dieser bei der vorgesehenen Regelung mit einer Minderheit von zwei Fünfteln der Anwesenden gewählt werden. Dies sei eine missliche Situation. Daher solle die Formulierung entsprechend geändert werden, so dass ein Kandidat mindestens die Mehrheit der wahlberechtigten Anwesenden benötigt.

Herr Brauer begründet die entsprechende Regelung damit, dass man ein Instrument bereitstellen wolle, wenn es sonst zu keiner Wahl kommen würde. Die ‚Zwei Fünftel-Regelung‘ sei insofern ein Kompromiss. Eine Regelung, die alle Eventualitäten abdeckt, sei schwer zu finden. Sollte das in der Antragsbegründung beschriebene Szenario von Herrn Dr. Teichert eintreten, hoffe er auf die politische Vernunft des Plenums, bzw. der gewählten Person, der Situation angemessen zu begegnen. Herr Graf merkt an, dass Enthaltung und Nein-Stimmen bei der Wahl nicht gesondert erfasst werden, sondern dass nur die Zahl der positiven Stimmen festgestellt werde. Herr Holstein schließt sich dem Vorschlag von Herrn Dr. Teichert an. Herr Hellwig und Herr Perleberg merken an, dass es problematisch sei, wenn ein Kandidat mit einer Minderheit der Stimmen gewählt werden würde.

Herr Räber stellt seinen Antrag vor. Die Abwahl eines Mitglieds des Präsidiums sei ein starkes Instrument. Das Plenum möge beschließen, den § 25a zu streichen und an die Projektgruppe Satzungsevaluation zu verweisen.

Herr Elmendorf merkt an, dass man den §25a streichen oder ändern könne. Systematisch sei es aber sinnvoll, diesen Themenkomplex in der Gänze in der Wahlordnung zu belassen und nicht einzelne Passagen in die Satzung zu verschieben. Herr von der Decken gibt zu bedenken, dass es möglich sei, dass sich die Projektgruppe Satzungsevaluation nicht einig. Es sei möglich mit einem späteren Beschluss Änderungen vorzunehmen. Es sei aber eine große Chance jetzt im Rahmen der Wahlordnung einen tragfähigen Beschluss zu erzielen. Herr Dr. Teichert äußert, dass er es problematisch finde, dass Aspekte wie ein konstruktives Misstrauensvotum oder die Art der Wahl des Präsidiums in jeder Wahlperiode diskutiert werden, weil die Wahlordnung wiederkehrend angepasst werden müsse. Richtig aufgehoben wäre dieser Themenkomplex in der Satzung. Zumindest hätte man konsequent anspruchsvollere Quoren einfügen müssen. Herr von der Decken erwidert, dass es wichtig sei nun zu einem Beschluss zu kommen. Falls die Projektgruppe Satzungsevaluation zu einem Ergebnis komme, das Änderungen vorsehe, könne man diese zu einem späteren Zeitpunkt vornehmen. Herr Perleberg meint, dass die heutige Diskussion nicht hätte geführt werden müssen, wenn eine bessere Koordination zwischen beiden Gremien durch das Hauptamt stattgefunden hätte.

Das Plenum stimmt dem Antrag 7b (ehemals 4b; Anlage 9) von Herrn Perleberg, mit einer Mehrheit von 37 Stimmen gegenüber 5 Stimmen (5 Enthaltungen) zu.

Das Plenum stimmt dem Antrag 7c (ehemals 4c; Anlage 10) von Frau Vizepräsidentin Rickwardt und Herrn Vizepräsidenten Mücke, mit einer Mehrheit von 31 Stimmen gegenüber 12 Stimmen (4 Enthaltungen) zu.

Das Plenum stimmt dem Antrag 7d (ehemals 4d) von Herrn Dr. Teichert mit einer Mehrheit von 36 Stimmen gegenüber 7 Stimmen (4 Enthaltungen) zu.

Das Plenum lehnt den Antrag 7e (ehemals 4e) von Herrn Räber mit einer Mehrheit von 27 Stimmen gegenüber 14 Stimmen (6 Enthaltungen) ab.

Herr Vizepräsident Mücke hält fest, dass die vorgeschlagene Wahlordnung nun mit den entsprechenden Änderungen entsprechend der Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt werde.

Frau Beckmann schlägt vor, dass die Projektgruppe Satzungsevaluation und die Wahlkommission zur Diskussion noch offener oder strittiger Punkte in Kürze zusammen tagen. Herr Vizepräsident Mücke sagt dies zu.

Herr Vizepräsident Mücke ruft in Erinnerung, dass nun zunächst eine Änderung der Satzung notwendig sei. Dies bedürfe einer Mehrheit von drei Vierteln der Anwesenden. Herr Vizepräsident Elmendorf führt aus, dass sich die Satzungsänderung darauf beziehe, dass die Aufstellung der Wahlgruppen zukünftig nicht mehr in der Satzung, sondern in der Wahlordnung geregelt sei. Eine Satzungsänderung sei notwendig, da man sonst in der Wahlordnung keine neuen Wahlgruppen aufbauen könne.

Das Plenum stimmt der Beschlussempfehlung zur Änderung der Satzung (Anlage 7 Buchstabe E Ziffer I mit weiteren Anlagen 1.1 und 1.2) einstimmig mit 47 Stimmen zu.

Das Plenum stimmt der um die erfolgreichen Anträge geänderten Beschlussempfehlung zur Änderung der Wahlordnung (Anlage 7 Buchstabe E Ziffer II mit weiteren Anlagen 2.1 und 2.2) einstimmig mit 47 Stimmen zu.

Herr Vizepräsident Elmendorf dankt dem Plenum und insbesondere dem Hauptamt für die gute und schnelle Vorbereitung.

Herr Ederhof verlässt die Sitzung – somit befinden sich 46 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.

Das Plenum stimmt den Empfehlungen für mögliche Kooptationen (Anlage 7 Buchstabe E Ziffer III mit weiterer Anlage 4) mit einer Mehrheit von 40 Stimmen (6 Enthaltungen) zu.

TOP 8 (ehemals TOP 3) Beschluss über die Ergebnisse der Task Force Reorganisation

Herr Vizepräsident Mücke führt aus, dass zum vorliegenden Tagesordnung drei Anträge vorlägen. Nach einer Einführung von Frau Vizepräsident Stumpf über die Ergebnisse der Task-Force Reorganisation, sollen diese Anträge vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden. Herr Vizepräsident Elmendorf bittet aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungszeit, sich in den Beiträgen kurz zu fassen. Das Plenum habe sich bereits ausführlich mit der Thematik befasst. Herr Vizepräsident Mücke empfiehlt die Redebeiträge auf einen pro Person und maximal eine Minute Redezeit zu begrenzen. Frau Degen weist darauf hin, dass die Unterlagen zuletzt um das Zielbild erweitert worden seien, welches am Dienstag nachgereicht worden sei.

Frau Stumpf weist auf die große Verantwortung der Plenarier bei der vorliegenden Entscheidung hin. Das Gremium müsse Klarheit schaffen und das bestehende Vakuum beenden. Es herrsche eine große Einigkeit, dass die Handelskammer eine Reorganisation brauche. Die geplante Reorganisation stärke die Gesamtinteressenvertretung und sei darüber hinaus flexibel für Anpassungen. Ein neues Führungsteam arbeite in der Form der 5+2 bereits seit vielen Monaten mit dem Präsidium zusammen. In dieser Frage gebe es kein Zurück mehr.

Herr Dr. Brüggestrat erinnert daran, dass Herr van der Schalk in der letzten Sitzung ein von vielen Ausschussvorsitzenden unterzeichnetes Papier vorgestellt habe, dass zum Reorganisationsprozess Stellung genommen habe. Die Ausschussvorsitzenden treibe die Sorge um die Handelskammer als Ganzes, aber auch um die Mitarbeiter um. Diese seien für die Arbeit der Ausschüsse von maßgeblicher Bedeutung. Die Qualität der Zuarbeit habe in den letzten Jahren eindeutig abgenommen. Im Übrigen seien die Stellungnahmen der Personalvertretungen zu beachten, aus denen sich an vielen Stellen ablesen ließe, dass der Reorganisationsprozess mitnichten auf einem guten Weg sei. Ebenfalls habe die Task-Force unter unglücklichen Umständen agiert. Die Kammer sollte in den letzten Monaten der laufenden Legislaturperiode keine grundsätzlichen Änderungen mehr vornehmen. Herr Dürre stellt klar, dass sich nicht alle Ausschussvorsitzenden dem genannten Antrag angeschlossen hätten. Er selbst sei für die Reorganisation. Herr Brauer betont, dass der heutige Beschluss ein Beschluss über die Struktur der zukünftigen Handelskammer sei. Nicht zur Abstimmung stünde die Größe einzelner Abteilungen oder Personalabbau. Die vorgeschlagene Struktur sei nicht das Ergebnis der Beratung von Vertretern von Kleinunternehmen, sondern basiere auf der Analyse einer Unternehmensberatung, deren tägliches Geschäft entsprechende Analysen seien. Es sei die Verantwortung des Plenums den derzeitigen Schwebezustand und die entstandenen Doppelstrukturen zu beenden. Herr Wandrey merkt an, dass er sich dem Antrag von Herrn Dr. Brüggestrat nachträglich angeschlossen habe und fragt Frau Degen, ob das Team der 5+2 noch geschlossen hinter dem Reorganisationsprozess stehe. Frau Degen bejaht dies und weist darauf hin, dass sie sich im Übrigen nur zu technischen Fragen, nicht

aber zu den Anträgen äußern werde. Herr Vizepräsident Elmendorf merkt an, dass Plenum und Präsidium bereits im letzten Jahr die Reorganisation beschlossen habe. Darauf hätten viele Mitarbeiter vertraut. Wenn man einen solchen Beschluss immer wieder hinterfrage, müsse man sich fragen, wie Vertrauen in der Mitarbeiterschaft erwachsen könne. Die Grundlagen des Reorganisationsprozesses seien seit langem geschaffen. Somit könne nicht von einem überhasteten Vorgehen gesprochen werden. Herr Pirck führt aus, dass die Diskussion über den Reorganisationsprozess schon lange geführt werde. Sofern man in einem solchen Prozess zu der Erkenntnis komme, dass eine Entscheidung nicht gut sei, müsse man sie auch hinterfragen und revidieren. Auch die Kritik der mittlerweile 19 Ausschussvorsitzenden müsse man berücksichtigen und nicht ignorieren. Die Vorschläge lägen auf dem Tisch und eine Entscheidung müsse getroffen werden. Herr Hocqué merkt an, dass Herr Pirck in der Vergangenheit mit der Gefahr der Abwanderung wichtiger Mitarbeiter argumentiert habe. Wenn nun schon neue Führungskräfte installiert worden seien, die Reorganisation aber nicht komme, werde genau dieser Effekt eintreten. Herr Hellwig plädiert dafür, dass Aspekte der Reorganisation dort umgesetzt werden, wo es Sinn macht und an anderer Stelle keine voreiligen Entscheidungen zu treffen. Herr Holstein stellt fest, dass die Task Force nur das Ende eines Prozesses war, der mit der Vision/Mission begonnen habe. Frau Nack-Warenycia merkt an, dass die zentrale Frage nach einer Struktur, die eine bessere Zusammenarbeit zwischen Ehren- und Hauptamt ermögliche, nicht behandelt worden sei. An diesem Prozess und der Kompromissfindung hätte die Hauptgeschäftsführung arbeiten müssen. Der gesamte Prozess habe unter falschen Prämissen begonnen. Es sei nicht geglückt, Spaltungen zu überwinden. Frau Prinz bemerkt, dass die Lenkungscommission schon ihre Arbeit aufgenommen hatte, bevor die Hauptgeschäftsführerin ihre Arbeit aufgenommen habe. Es hätten etwa 50-70 Personen im gesamten Prozess mitgearbeitet. Sie wisse dagegen nicht, wie viele Personen an den vorliegenden Anträgen mitgearbeitet hätten und worin sich der Sachverstand der Anträge begründe. Herr Vizepräsident Kröger bemerkt, dass ohne eine Reorganisation ein Handlungsvakuum von zwölf bis fünfzehn Monaten entstünde. Er bitte darum, die 5+2 in Person von Herrn Aßmann zu Wort kommen zu lassen. Herr Vizepräsident Mücke antwortet, dass klare Regeln für die Redeliste erstellt worden seien und diese geschlossen sei. Nach kurzer Diskussion verständigt sich das Plenum darauf nur noch die bereits aufgenommenen Redebeiträge zuzulassen und dann über die Anträge abzustimmen. Herr Dr. Teichert äußert, dass es beim vorherigen TOP gelungen sei bei einem sehr komplexen Thema in einem offenen Dialog zu einer Lösung zu finden, die große Zustimmung findet. Dies sei beim Reorganisationsprozess nicht der Fall. Dieser sei seit mindestens fünf Monaten von bestimmten Gruppen im Plenum taktisch eingesetzt worden. Weiter seien große Teile des Hauptamts viele Ausschussvorsitzende und etwa die Hälfte des Plenums gegen eine Reorganisation. Vor diesem Hintergrund mache die Reorganisation keinen Sinn und drohe die Handelskammer zu beschädigen. Es wäre die Aufgabe der Hauptgeschäftsführung gewesen einen tragfähigen Kompromiss herbeizuführen. Dies sei nicht gelungen. Frau Arova äußert, dass ihr von Anfang an eine klare Vision für die Reorganisation gefehlt habe. Sie schließe sich den Äußerungen von Herrn Dr. Brüggel an. Frau Degen bemerkt, dass es viele Versuche gegeben habe eine Einigung zwischen den verschiedenen Standpunkten zu erzielen, insbesondere den seit Dezember laufenden Einigungsprozess mit dem Personalrat. Sie merkt an, dass jedwede Beschlusslage zu weiteren Verhandlungen und Szenarien mit Spielraum führen würden. Herr Lintzen führt an, dass er bis zur letzten Sitzung ein Befürworter der Reorganisation gewesen sei. Die Ergebnisse der Task-Force hätten ihn aber dazu geführt seine Meinung zu ändern und sich dem Antrag von Herrn Duphorn et al. anzuschließen. Zudem sei er der Meinung, dass eine Durchsetzung der Reorganisation gegen große Teile der Belegschaft nicht gelingen könne. Herr Dr. Mecke gibt zu bedenken, dass mit der Abstimmung für

eine Reorganisation mitnichten deren Umsetzung erfolgreich beschlossen sei. Sofort würden individuelle Positionierungen der Mitarbeiter für neue Unruhe sorgen. Außerdem sei zu beachten, dass die anstehende Wahl die Kammer vor eine große Herausforderung stelle. Herr Falk erwidert auf den Beitrag von Herrn Dr. Teichert, dass er diesem in großen Teilen zustimme, bei der Frage der Ursachen aber einen anderen Eindruck habe. Es sei das Plenum, das sich über zwei Jahre zerlegt und große Verantwortung für die derzeitige Lage habe. Er halte den in Frage stehenden Antrag zur Aussetzung für zustimmungsfähig, sofern der darin enthaltene dritte Absatz gestrichen würde. Dieser würde den Handlungsspielraum der Hauptgeschäftsführerin, aufgrund der enthaltenen Schuldzuweisung, in Zukunft massiv beeinträchtigen.

Herr Vizepräsident Mücke erkundigt sich bei den Antragstellern, ob sie einer ersatzlosen Streichung des Absatzes 3 zustimmen. Die Antragsteller erteilen ihre Zustimmung und ändern ihren Antrag entsprechend. Herr Vizepräsident Mücke stellt den entsprechend modifizierten Antrag von Herrn Duphorn et al. (Anlage 3) zur Abstimmung.

Das Plenum stimmt dem Antrag 8a (ehemals 3a) von Herrn Duphorn et al. mit einer Mehrheit von 23 gegenüber 22 Stimmen (keine Enthaltungen) zu.

Herr Vizepräsident Mücke stellt fest, dass über die enger gefassten Anträge von Herrn Elmendorf (8b; ehemals 3b und 8c; ehemals 3c) damit nun nicht mehr abgestimmt werden müsse und schließt den TOP 8.

TOP 9 (ehemals TOP 5) Beschluss über den „Hamburg Summit: China meets Europe“ - Konzept zur Fortführung der Veranstaltung

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt und auf die kommende Plenarsitzung verschoben.

TOP 10 (ehemals TOP 6) Aktualisierung des Compliance-Kodex der Handelskammer

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt und auf die kommende Plenarsitzung verschoben.

TOP 11 Verschiedenes

Herr Vizepräsident Mücke schließt die Sitzung um 19.20 Uhr.

Hamburg, 9. Mai 2019

gez. Christi Degen

Hauptgeschäftsführerin